

17. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer EntschlieÙung

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jedes Kind gut fördern! Eine solide Planung für den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung umgehend vorlegen und kontinuierlich weiterentwickeln!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend eine Maßnahmenplanung und die dazu erforderliche Finanzierungsplanung für den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen für die frühkindliche Bildung und Förderung vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Bedarfsplanung für Kita- und Kindertagespflegeplätze anhand aktueller Bevölkerungsprognosen in enger Abstimmung mit den anderen Senatsverwaltungen und der Jugendhilfeplanung der bezirklichen Jugendämter und auf Grundlage wissenschaftlicher Methoden regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

Dem Abgeordnetenhaus sind der Maßnahmenplan und der Finanzplan bis zum 30.04.2012 vorzulegen. Danach ist dem Abgeordnetenhaus halbjährlich über den Stand der Bedarfsentwicklung zu berichten.

Begründung

Die Kindertagesförderung hat Priorität für die Koalition. Das ist gut, aber es braucht sehr viel mehr als Bekenntnisse im politischen und öffentlichen Raum. Es gibt in Berlin immer mehr

kleine Kinder und dies nicht plötzlich und unvermutet. Diese positive Entwicklung war schon lange Zeit bekannt. Logischerweise brauchen diese Kinder auch Betreuungsplätze. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von bedarfsgerechten und qualitativ guten Förderungs- und Betreuungsplätzen entspricht einem fraktionsübergreifenden und von breiten gesellschaftlichen Schichten getragenen Konsens.

Eine ausreichende Versorgung in Wohnortsnähe ist auch eine zwingende Voraussetzung für die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn Berlin ausreichende Fachkräfte für eine positive wirtschaftliche Entwicklung binden will, müssen diese sich darauf verlassen können, dass sie in Fußnähe einen Kitaplatz oder einen Platz in der Tagespflege finden und ihre Kinder dort gut gefördert, betreut und versorgt werden.

Auch die schon in Kürze in Kraft tretenden zusätzlichen Rechtsansprüche von kleinen Kindern auf Förderung in Betreuungsangeboten auf Landes- und Bundesebene erhöhen den Bedarf an zusätzlichen Plätzen.

Die bisherigen Anstrengungen des Landes Berlins reichen nicht aus, um den rasant wachsenden Bedarf abzudecken und dem eigenen Anspruch auf quantitative und qualitative Versorgung aller kleinen Kinder gerecht zu werden. Eine konsequente Maßnahmenplanung fehlt und die bisher bekannte finanzielle Unterlegung ist völlig unzureichend.

Bis kurz vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 hatte der vorherige Senat regelmäßig behauptet, dass Berlin über eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen verfügen würde. Dann plötzlich wurde vom damals noch zuständigen Senator endlich anerkannt, dass in Berlin auf Jahre hinaus Kitaplätze fehlen werden. Dies sind nach schnellen Berechnungen der zuständigen Senatsverwaltung bis zu 23.000 Plätze. In der letzten Ausschusssitzung der letzten Wahlperiode hatte dieser Senator versprochen, dass unverzüglich Zahlen vorgelegt werden würden. Es gab eine schnelle Vorlage, die aber auch sehr schnell wieder zurück gezogen wurde. Da tauchte die Bedarfszahl 23.000 zusätzlicher Förderungsplätze bis 2015 zum ersten Mal auf. Seither wurde mit unterschiedlichen Zahlen jongliert. Klar ist, dass auch nach 2015 der Bedarf sehr hoch sein wird. Um vernünftig planen zu können, ob es den Neubau von Einrichtungen betrifft, die Entwicklung und Werbung qualifizierter Fachkräfte, die Anmietung von Gewerberäumen oder die Förderung von Trägern und Initiativen, braucht es regelmäßig aktualisierte und wissenschaftlich valide Zahlen.

Der notwendige Ausbau der Kindertagesbetreuung stellt eine große Herausforderung für das Land Berlin dar und muss sofort beginnen. Hier steht die Politik gegenüber den Berliner Kindern und deren Eltern in der Pflicht. Der Ausbau wird nicht zum Nulltarif zu haben sein, sondern wird auch erhebliche finanzielle Mittel brauchen. Um eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen zu gewährleisten, reichen auch die jetzt zusätzlich in Aussicht gestellten 20 Mio. € nicht aus.

Berlin, den 31. Januar 2012

Pop Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen